

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Dr. Ursula Fischer und der Gruppe der PDS/LINKE LISTE

zur Erklärung der Bundesregierung

Die Lage im Irak und die Situation der irakischen Flüchtlinge, insbesondere der Kurden

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag fordert

1. die Bereitstellung weiterer Mittel zur humanitären und medizinischen Hilfe für die kurdischen Flüchtlinge im Irak, im Iran und in der Türkei sowie für die irakische Zivilbevölkerung;
2. die Anerkennung des Rechtes des Kurdischen Volkes auf Selbstbestimmung und Respektierung der Menschenrechte in allen von Kurden bewohnten Ländern. Das impliziert eine konsequente Einflußnahme auf den NATO-Partner Türkei, die im August letzten Jahres verkündete Aufhebung essentieller Menschenrechte in der Ost-Türkei zurückzunehmen;
3. einen sofortigen generellen Abschiebestopp für kurdische Asylsuchende;
4. die Aufnahme von Angehörigen von in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Kurden, die sich zur Zeit in Flüchtlingslagern befinden;
5. die Übernahme der medizinischen Behandlung verletzter kurdischer Flüchtlinge in der Bundesrepublik Deutschland.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, ihren internationalen Einfluß in der EG, der NATO und vor den VN geltend zu machen, damit

1. die umfangreiche internationale Hilfe für die kurdischen Flüchtlinge schnell, unbürokratisch und sicher bei den Betroffenen ankommt. Dazu ist es notwendig, daß internationale Hilfsorganisationen grundsätzlich und ohne Ausnahme im türkischen, iranischen und irakischen Krisengebiet ungehindert arbeiten können,

2. umgehend eine Internationale Konferenz zur Lage der Kurden und zu Lösungsmöglichkeiten der Kurdistan-Frage mit den Regierungen aller betroffenen Länder und unter Beteiligung der legitimen Vertreter der Kurden einberufen wird,
3. die Betreuung der Flüchtlinge sowie ihre Rückkehr in die Heimat unter Beobachtung und mit Garantien der Vereinten Nationen erfolgen.

Bonn, den 16. April 1991

Dr. Ursula Fischer

Dr. Gregor Gysi und Gruppe